

3. Oktober 2010

TITELSEITE

## Bund macht Druck im Gesundheitswesen

**BERN** Krankenkassen, Kantone, Pharma und Bund sollen gemeinsam über ein neues Kostensenkungsprogramm diskutieren. Dieses sieht ein nationales Gremium zur Prüfung von Behandlungen vor.

---

SEITE 8

# Der Bund will einen runden Tisch

## Akteure im Gesundheitswesen sollen Kostensenkungsprojekt diskutieren

VON ANDREAS WINDLINGER

**BERN** Das Projekt für ein nationales Medical Board – ein Expertengremium, dessen Ratschläge zu wirkungsvolleren und billigeren medizinischen Behandlungen führen sollen – droht an Streitereien zu scheitern. Damit steht im Kampf für ein effizienteres Gesundheitswesen ein weiteres hoffnungsvolles Instrument vor dem vorzeitigen Aus. Am Freitag hatten SVP und Linke im Parlament bereits ein anderes Kostensenkungspaket versenkt.

Diesmal liegen sich nicht die Parteien in den Haaren, sondern die Akteure im Gesundheitswesen. Die Zürcher Gesundheitsdirektion, die ein kantonales Pilotprojekt entwickelt hat, möchte zusammen mit der Gesundheitsdirektorenkonferenz aller Kantone (GDK) per Anfang 2011 eine nationale Trägerschaft für das Medical Board bilden. Laut den Zürchern haben auch die Ärztesgesellschaft FMH und die Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) ihre Teilnahme zugesagt.

### Krankenkassen und Pharma lancieren ein Gegenprojekt

Ausgeschert sind indes die Krankenversicherer, auf welche Zürich und die GDK ebenfalls gehofft hatten. Sie haben mit dem Pharmaverband Interpharma ein eigenes Projekt ins Leben gerufen, wie Felix Schneuwly, Sprecher des Kassen-Dachverbands Santésuisse, bestätigt. Seine Begründung: Bevor ein Expertengremium Assessments zu bestimmten Leistungen mache, müssten zuerst die Ziele, Prozesse und Strukturen definiert werden, nach denen solche Assessments ablaufen.

In letzter Minute versucht nun das Departement von Gesundheitsminister Didier Burkhalter, den Streit zu schlichten. Er werde in den nächsten Tagen alle Akteure an einen runden Tisch einladen, sagt Andreas Faller, der neue

Krankenkassen-Chefbeamte in Burkhalters Bundesamt für Gesundheit (BAG). «Das Thema hat das Potenzial, zu einer Erfolgsgeschichte im schweizerischen Gesundheitswesen zu werden. Wir sollten diese Chance gemeinsam nutzen», begründet Faller.

### **38 Millionen Einsparungen allein bei Kreuzbandrissen**

Beim Projekt Medical Board wurden bisher – auf kantonalzürcherischer Ebene – zwei konkrete medizinische Fragestellungen untersucht. Drei weitere Untersuchungen stehen kurz vor dem Abschluss. Die Experten kamen zum Schluss, dass bei gerissenen Kreuzbändern eine Physiotherapie den gleichen Heilungserfolg bringt wie eine Operation – dies aber viel billiger. Wenn die Empfehlung des Medical Board, bei Kreuzbandrissen auf Physiotherapie zu setzen, schon nur in der Hälfte der Fälle umgesetzt würde, könnten laut Zürcher Gesundheitsdirektion jährlich 38 Millionen Franken eingespart werden.

Auch BAG-Mann Faller verspricht sich von den Rationalisierungen, die mit den Empfehlungen eines Medical Board erreicht werden, Kosteneinsparungen. Er warnt jedoch vor überzogenen Erwartungen: Der Spareffekt lasse sich zum heutigen Zeitpunkt nicht beziffern.

---

### **KK-Reserven: Keine PUK**

Nachdem das Departement Burkhalter eingeräumt hat, man habe jahrelang eine unrechtmässige Politik bei den Krankenkassenreserven geduldet, fordern Politiker nun eine Aufarbeitung. Am weitesten geht der bernische Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP). Er verlangte in der «Berner Zeitung» die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Die Idee stösst auf wenig Resonanz – selbst in seiner eigenen Partei. Die Basler Ständerätin Anita Fetz, die eben einen Vorstoss zur Reserven-Politik eingereicht hat, findet, es genüge, wenn sich die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der Sache annehme. Auch für SP-Chef Christian Levrat ist eine PUK kein Thema.

© **SonntagsZeitung**